

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

SOMMERSESSION 2017

29. Mai bis 16. Juni 2017

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung waren in der Sommersession zwei thematische Schwerpunkte auszumachen: einerseits die Zusatzfinanzierung durch den Bund für die familienergänzende Kinderbetreuung, andererseits die Frage der Einführung einer Elternzeit bzw. eines Vaterschaftsurlaubs.

Obwohl es der Nationalrat abgelehnt hat, einer [Interpellation](#) von Ready!-Botschafterin Barbara Schmid-Federer Folge zu leisten, die verlangte, dass die verbleibenden Gelder aus den Bundesfinanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung auf diejenigen Kantone verteilt werden, die den stärksten Bedarf dafür aufweisen, hat das Parlament neue Finanzhilfen gesprochen. Somit stehen in den nächsten fünf Jahren seitens des Bundes nahezu CHF 100 Mio. an zusätzlichen Geldern für die familienergänzende Kinderbetreuung zur Verfügung. Dies jedoch nur, wenn die Kantone die Angebote mitfinanzieren.

Zudem wurden drei identische [Postulate](#) der Ready!-Botschafterinnen Barbara Schmid-Federer und Rosmarie Quadranti sowie von Kathrin Bertschy abgelehnt, die verlangten, dass der Bundesrat eine Kosten-Nutzen-Analyse zu verschiedenen Elternzeitmodellen erstelle. Am gleichen Tag wurde auch die [Motion](#) von Ready!-Botschafter Jonas Fricker abgelehnt, die eine Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz forderte – dies, nachdem einige Tage zuvor über 120'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei zur Einführung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs eingereicht wurden. Das Thema bleibt auf der politischen Agenda.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

Familienergänzende Kinderbetreuung

Der Nationalrat hat eine Interpellation ([17.3056](#)) von Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) abgelehnt, die die Mittelzuteilung der verbleibenden Subventionen des Bundes bis Ende Januar 2019 auf die Kantone zuteilen wollte, die den stärksten Bedarf an familienergänzender Kinderbetreuung aufweisen. Gleichzeitig hat er das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung so abgeändert, dass während fünf Jahren neue Finanzhilfen für die Erhöhung von kommunalen und kantonalen Subventionen in der Höhe von fast CHF 100 Mio. zur Verfügung stehen ([16.055](#)).

Vereinbarkeit Beruf und Familie

Arbeitstätigen Müttern und Vätern soll nach der Geburt eines Kindes auch künftig kein Rechtsanspruch auf eine Beschäftigungsreduktion gewährt werden. Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative von Nadine Masshardt (SP/BE) abgelehnt ([15.470](#)) und folgte damit ihrer Rechtskommission, welche beantragt hatte, der Initiative keine Folge zu geben. Damit ist das Anliegen vom Tisch.

Elternzeit / Vaterschaftsurlaub

Nur wenige Tage nachdem die Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub zustande gekommen ist, hat der Nationalrat mehrere Vorstösse zum gleichen Thema abgelehnt. Rosmarie Quadranti (BDP/ZH), Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) und Kathrin Bertschy (GLP/BE) hatten per Postulat verlangt ([15.3680](#) / [15.3722](#) / [15.3768](#)), dass der Bundesrat eine Kosten-Nutzen-Analyse zu verschiedenen Elternzeitmodellen erstellt. Neben den direkten Kosten sollten darin auch indirekte Kosten berücksichtigt werden, etwa die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen oder Sozialhilfe.

Jonas Fricker (GP/AG; Motion übernommen von Aline Trede GP/BE) forderte in einer Motion zudem eine Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz ([15.3734](#)). Auch dieser Vorstoss wurde abgelehnt. Bundesrat Alain Berset verwies in seinen Antworten auf einen bereits bestehenden Bericht zum Thema Elternzeit. Derzeit sehe der Bundesrat keinen Handlungsbedarf für weitere Analysen.

Ergänzung der Kinderzulagen

Der Nationalrat will nicht, dass der Bund finanziell schlecht gestellte Familien mit einer Ergänzung zu den Kinderzulagen unterstützt. Er hat eine Motion ([15.3939](#)) von Yvonne Feri (SP/SG) abgelehnt, die eine bedarfsabhängige Ergänzung der Kinderzulagen forderte, da die Kinderkosten ein erhöhtes Armutsrisiko für einkommensschwache Familien mit sich brächten, insbesondere für Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Der Bundesrat kam zum Schluss, dass sie CHF 300 bis 600 Mio. pro Jahr kosten würde, was bei der derzeitigen finanzpolitischen Lage nicht tragbar sei.

Adoption

Wer ein Kind adoptiert, soll künftig das Recht auf einen bezahlten Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaub erhalten. Das verlangt eine parlamentarische Initiative ([13.478](#)) von Marco Romano (CVP/TI), welcher die vorberatenden Kommissionen beider Räte zugestimmt haben. Die Nationalratskommission hat nun bis im Sommer 2019 Zeit, einen Erlassentwurf auszuarbeiten.

An den Bundesrat überwiesen

- 16.3631** Motion Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S): Länger dauernde Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

Gesetzesvorlage verabschiedet

- 16.055** Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.

Mit der verabschiedeten Änderung werden während fünf Jahren neue Subventionen in Höhe von 96,8 Millionen Franken zur Verfügung stehen (fak. Referendum).

- 16.081** Bundesbeschluss über die Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).

Mit der Genehmigung des Bundesbeschlusses, kann die Istanbul-Konvention von der Schweiz übernommen werden (fak. Referendum).

An Zweitrat

--

Differenzbereinigung

--

Zuweisung an die Kommission zur Prüfung

- 13.478** Parlamentarische Initiative Marco Romano (CVP/TI): Einführung einer Adoptionsentschädigung

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte

- 15.3726** Motion Viola Amherd (CVP/VS): Nationales, IT-gestütztes Register für Sorgerechtsvereinbarungen
- 17.3210** Postulat Cédric Wermuth (SP/AG): Milizsystem stärken, Vereinbarkeit von Familie und Parlament verbessern
- 15.3724** Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Rechte der Kinder nach einer Scheidung stärken
- 15.470** Parlamentarische Initiative Nadine Masshardt (SP/BE): Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Rechtsanspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrades nach der Geburt
- 16.406** Parlamentarische Initiative Philippe Nantermod (FDP/VS): Alternierende Obhut. Aufteilung des Kinderabzugs zwischen den Eltern
- 15.3680** Postulat Rosmarie Quadranti (BDP/ZH): Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen
- 15.3722** Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen
- 15.3768** Postulat Kathrin Bertschy (GLP/BE): Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen
- 15.3734** Motion (Trede) Jonas Fricker (GP/AG): Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz
- 15.3939** Motion Yvonne Feri (SP/SG): Kinderzulagen bedarfsabhängig ergänzen
- 17.3056** Interpellation Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Prioritätenordnung im Bereich Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung für die Jahre 2017-2019

- 17.3132 Postulat Liliane Maury Pasquier (SP/GE): Eine oder mehrere Familienzulagen für in verschiedenen Kantonen erwerbstätige Anspruchsberechtigte
- 15.4050 Postulat Silvia Schenker (SP/BS): Bedeutung und Umfang der Grosselterarbeit

3 AUSZUG NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

- 17.3500 Postulat Mathias Reynard (SP/VS): Evaluer l'impact du système scolaire sur les inégalités

Le Conseil fédéral est chargé d'évaluer, en collaboration avec les cantons, l'impact des systèmes scolaires cantonaux sur la réduction des inégalités en se fondant sur les pratiques existantes dans les 26 cantons et en déterminant les éléments permettant de réduire les inégalités scolaires. Cela pourra se faire dans le cadre du monitoring de l'éducation, en mettant l'accent sur des études longitudinales et de cohortes consacrées à la problématique de l'équité dans notre système éducatif (études qui manquent actuellement).

- 17.3532 Interpellation Yvonne Feri (SP/AG): Armutsprogramm. Wie geht es weiter?

Der Bundesrat wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie will der Bundesrat sicherstellen, dass die erfolgreiche Arbeit des nationalen Armutsprogramms auf nationaler Ebene nahtlos weitergeführt werden kann, um die positiven Wirkungen insbesondere im Bereich der Grundlagen und der Vernetzung nachhaltig zu sichern und langfristig weiterzuführen?
2. Wann können wir mit der Evaluation des Programmes rechnen und mit den daraus entstandenen Schlussfolgerungen?

Die bisherigen Arbeiten haben gezeigt, dass mit kleinem Aufwand grosse Wirkung erzielt werden kann und das Programm eine effiziente Beteiligung des Bundes an der Bekämpfung der Armut in der Schweiz ermöglicht. Das Armutsprogramm hat dazu beigetragen, dass sich zentrale Akteure vernetzen und Armut gemeinsam die Stirn bieten. Das Thema Armut bleibt sicher auch zukünftig von hoher Dringlichkeit. Nach wie vor sind in der Schweiz über eine Million Menschen von Armut betroffen oder bedroht. Ein Viertel davon sind Kinder und Jugendliche.

- 17.3557 Interpellation Bea Heim (SP/SO): Wie will der Bundesrat die nachhaltige Wirkung des "Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung der Armut" sichern?

Der Bundesrat startete im Mai 2013 das «Programm zur Bekämpfung und Prävention von Armut» und setzt dieses zusammen mit Kantonen, Städten, Gemeinden und privaten Organisationen während fünf Jahren bis Ende 2018 um. Das Programm hat zum Ziel, das gesicherte Wissen zur Armutsprävention zu bündeln, Hilfestellungen zur Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen und Strategien zu geben, innovative Ansätze zu erproben, die Zusammenarbeit und den fachlichen Austausch der verschiedenen Akteure zu fördern. Eine zentrale Erkenntnis nach der ersten Programmhälfte bestand darin, dass keine Staatsebene alleine eine erfolgreiche Armuts politik betreiben kann. Vielmehr besteht

erweist sich gerade die Koordination und Abstimmung von Massnahmen sowie der Austausch über erfolgsversprechende Ansätze zwischen allen Staatsebenen und beteiligten Akteuren als Erfolgsrezept.

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Teilt der Bundesrat die Meinung, dass der Bund aufgrund der grossen Bedeutung der Koordination und Abstimmung von Massnahmen sowie dem Austausch über erfolgreiche Ansätze zwischen allen Staatsebenen und beteiligten Akteure auch zukünftig einen wichtigen Beitrag an eine kohärente und wirksame Armutsbekämpfung leisten soll?
- Wie gedenkt der Bundesrat sicherzustellen, dass er seine wichtige Rolle im Rahmen einer wirkungsvollen und kohärenten Armutspolitik auch nach dem Auslaufen des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung der Armut nahtlos weiterführen kann?

[17.3567](#) Motion Yvonne Feri (SP/AG): Einrichtung einer Armutsbeobachtungsstelle

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Schweizerische Armutsbeobachtungsstelle einzurichten. Diese stellt Bund, Kantone und Gemeinden wissenschaftlich zuverlässige, relevante sowie gut aufbereitete, gesamtschweizerische Armutsdaten zur Verfügung. Sie zeigt Entwicklungen auf und evaluiert Massnahmen, trägt zur Vernetzung der beteiligten Akteure (Gemeinden, Kantone, Bund) bei und leistet damit einen Beitrag zu effizienten und wirkungsvollen armutspolitischen Planungen und Entscheidungen.

4 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

15.033	RK-N	22.06.2017	Geschäft Bundesrat. ZGB. Kinderschutz
13.478	SGK-N	22.06.2017	Pa.Iv. Romano. Einführung einer Adoptionsentschädigung
16.453	SGK-N	22.06.2017	Pa.Iv. Bertschy. Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit
17.412	WBK-N	29.06.2017	Pa.Iv. Aebischer Matthias. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
15.434	SGK-N	31.08.2017	Pa.Iv. (Kessler) Weibel. Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter

5 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Hinweise

- In der Frühjahrssession 2017 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
 - Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
-
- 17.3493** *Interpellation Kurt Fluri (FDP/SO): Untaugliche Anwendung des KJFG bei der Ausrichtung von Finanzhilfen für die ausserschulische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen*
 - 17.3500** *Postulat Mathias Reynard (SP/VS): Evaluer l'impact du système scolaire sur les inégalités*
 - 17.3530** *Interpellation Yvonne Feri (SP/AG): Kinderpornografie*
 - 17.3532** *Interpellation Yvonne Feri (SP/AG): Armutsprogramm. Wie geht es weiter?*
 - 17.3553** *Postulat Erich von Siebenthal (SVP/BE): Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder*
 - 17.3557** *Interpellation Bea Heim (SP/SO): Wie will der Bundesrat die nachhaltige Wirkung des "Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung der Armut" sichern?*
 - 17.3560** *Interpellation Rosmarie Quadranti (BDP/ZH): Anerkennung der Ethik-Charta auch bezüglich Homophobie als Kriterium für Anspruch von J+S-Geldern*
 - 17.3567** *Motion Yvonne Feri (SP/AG): Einrichtung einer Armutsbeobachtungsstelle*
 - 17.3605** *Motion Andrea Gmür-Schönenberger (CVP/LU): Aufhebung des Moratoriums für neue J+S-Sportarten*
 - 17.3476** *Interpellation Silvia Schenker (SP/BS): Beitrag des Bundes an die Einhaltung der Kinderrechtskonvention*
 - 17.3056** *Interpellation Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Prioritäten-ordnung im Bereich Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung für die Jahre 2017-2019 (erledigt 16.06.2017)*
 - 17.412** *Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer (SP/BE): Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter*
 - 17.3091** *Postulat Yvonne Feri (SP/SG): Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit, Finanzierung von Familienzentren*
 - 17.3132** *Postulat Liliane Maury Pasquier (SP/GE): Eine oder mehrere Familienzulagen für in verschiedenen Kantonen erwerbstätige Anspruchsberechtigte (erledigt 31.05.2017)*
 - 16.4059** *Motion Jacques-André Maire (SP/NE): Familienbesteuerung. Ungleichbehandlungen beseitigen*
 - 16.3804** *Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut*
 - 16.3589** *Postulat Regula Rytz (GP/BE): Bericht über die Diskriminierung von Eltern im Arbeitsmarkt und Aktionsplan als Gegenstrategie*
 - 15.3839** *Motion Martina Munz (SP/SH): Alleinerziehende. Bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Nachholbildung*
 - 15.4050** *Postulat Silvia Schenker (SP/BS): Bedeutung und Umfang der Grosselternarbeit (erledigt 15.06.2017)*
 - 15.4076** *Motion Valérie Piller Carrard (SP/FR): Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs mit Bildungsgutscheinen*
 - 15.470** *Parlamentarische Initiative Nadine Masshardt (SP/BE): Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.*

- Rechtsanspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrades nach der Geburt (*erledigt 01.06.2017*)
- 15.3680 Postulat Rosmarie Quadranti (BDP/ZH): Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen (*erledigt 07.06.2017*)
- 15.3722 Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen (*erledigt 07.06.2017*)
- 15.3768 Postulat Kathrin Bertschy (GLP/BE): Kosten-Nutzen-Analyse von Elternzeitmodellen (*erledigt 07.06.2017*)
- 15.3726 Motion Viola Amherd (CVP/VS): Nationales, IT-gestütztes Register für Sorgerechtsvereinbarungen (*erledigt 01.06.2017*)
- 17.3210 Postulat Cédric Wermuth (SP/AG): Milizsystem stärken, Vereinbarkeit von Familie und Parlament verbessern (*erledigt 06.06.2017*)
- 15.3724 Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Rechte der Kinder nach einer Scheidung stärken (*erledigt 01.06.2017*)
- 16.406 Parlamentarische Initiative Philippe Nantermod (FDP/VS): Alternierende Obhut. Aufteilung des Kinderabzugs zwischen den Eltern (*erledigt 06.06.2017*)
- 15.3734 Motion (Trede) Jonas Fricker (GP/AG): Umfrage zum Vaterschaftsurlaub in der Schweiz (*erledigt 07.06.2017*)
- 15.3939 Motion Yvonne Feri (SP/SG): Kinderzulagen bedarfsabhängig ergänzen (*erledigt 15.06.2017*)
- 15.033 Geschäft Bundesrat. ZGB. Kinderschutz
- 13.478 Parlamentarische Initiative Marco Romano (CVP/TI): Einführung einer Adoptionsentschädigung
- 16.453 Parlamentarische Initiative Kathrin Bertschy (GLP/BE): Elternzeit von 14 Wochen für beide Elternteile bei beidseitiger Erwerbstätigkeit
- 15.434 Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel (GLP/ZH): Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter